

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.04.2023

Inhalt

EWN

1 LNG: Minister will schlichten <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 14.04.2023</i>	3
2 Neue Enthüllungen zur Klimastiftung MV <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 14.04.2023</i>	4
3 Rückzug vom Rücktritt? <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 14.04.2023</i>	5
4 Nobelpreisträger fordern Weiterbetrieb der Atomkraftwerke <i>DIE WELT, 14.04.2023</i>	6
5 Alleingang Atomausstieg: Wie groß sind die Risiken? <i>TAGESSPIEGEL, 14.04.2023</i>	8

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 14.04.2023 | S. 1

📄 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

LNG: Minister will schlichten

Till Backhaus kommt Sonnabend nach Spandowerhagen

Nach Beschwerden über Lärm vom Lubminer Flüssigerdgas-Terminal und gemessenen Überschreitungen von Richtwerten bemühen sich die Verantwortlichen weiter um Verbesserung. Immissionsrichtwerte würden noch nicht durchgehend eingehalten, teilte das Schweriner Umweltministerium unter Verweis auf die zuständige Behörde am Donnerstag mit.

Maßnahmen zur Linderung hätten aber deutliche Verbesserungen der Lärmsituation erreicht. Die Immissionsrichtwerte würden oftmals eingehalten. Nach Klagen über Lärm unweit des LNG-Terminals hatte das

Ministerium Mitte Januar Messungen veranlasst. Vor allem Bewohner des 300-Einwohner-Dorfes Spandowerhagen hatten sich über Lärm beschwert.

Laut Betreiberfirma Deutsche Regas konnten durch Messungen speziell tiefe Frequenzen einzelnen Aggregaten und Betriebszuständen des schwimmenden Terminals zugeordnet werden. „Diese Emissionen waren von diversen Umgebungsvariablen beeinflusst und nicht dauerhaft.“ Für Sonnabend hat sich Umweltminister Till Backhaus (SPD) zu erneuten Gesprächen mit Anwohnern in Spandowerhagen angekündigt.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 14.04.2023 | S. 18

 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

 Frank Pubantz

BAU DER PIPELINE NORD STREAM 2

Neue Enthüllungen zur Klimastiftung MV

Vertrauliche Unterlagen zeigen: Durch die vom Land geschaffene Stiftung floss mehr Geld als bisher bekannt

Neue Enthüllungen zur umstrittenen Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV: Durch die Stiftung, die die Erdgaspipeline Nord Stream 2 fertigstellen ließ, floss offenbar mehr Geld als bisher bekannt. Das zeigen als vertraulich eingestufte Unterlagen. Fragen werfen auch Zahlungen an eine Hamburger Firma auf, die 2021 eine sechsstellige Summe kassiert haben soll. Denn dort ist Steffen Petersen, einst Geschäftsführer für den Wirtschaftsbetrieb der Stiftung, aktiv.

Man gründe eine Stiftung und baue unter deren Tarnschirm das umstrittenste Infrastrukturprojekt Europas zu Ende. Ohne die Klimastiftung MV, ins Leben gerufen von der Landesregierung, wäre Nord Stream 2 nie fertig geworden. An 80 Firmen seien 165 Millionen Euro geflossen, hieß es von der Stiftung. Laut Jahresbilanz sind aber allein 2021 über den Wirtschaftsbetrieb „Umsatzerlöse“ von mehr als 179 Millionen Euro erzielt worden.

Floss mehr Geld? Erwin Sellering, Vorstandschef der Stiftung, äußert sich auf Anfrage zum Widerspruch nicht. Es handele sich um vertrauliche Informationen. Dass der Stiftungsbericht jetzt im Landtag landete, ist aus seiner Sicht „rechtswidrig“. Nord Stream 2 ist eine Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom. Pikant auch anderes: 749 000 Euro sind laut Stiftung 2021 an die in Hamburg sitzende Cylad Consul-

ting GmbH, eine Unternehmensberatung, geflossen. Für einen im Mai 2021 geschlossenen Vertrag. Partner bei Cylad ist Steffen Petersen. Er war auch Geschäftsführer des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes der Klimastiftung - agierte quasi auf beiden Seiten. In MV war er Schattenmann für den Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2. Sellering hatte Petersen im Mai 2022 in Schwerin vorgestellt. Die Geldzahlung an Cylad ist im Stiftungsbericht neben anderem unter der Überschrift „Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen“ genannt. Petersen äußerte sich auf OZ-Anfrage bisher nicht, eine Sprecherin verwies an die Stiftung. Auch Sellering umschiffte eine konkrete Antwort. Der Rechtsausschuss des Landtags hat am Donnerstag versucht, den Stiftungsbericht auszuwerten. Sellering blieb fern, was Kritik auslöste. „Eine Stiftung, die mit Landesgeld errichtet wurde, hat anscheinend in erheblichem Umfang Geschäfte gemacht mit Unternehmen, die der Stiftung nahestehen“, erklärt Sebastian Ehlers (CDU). „So etwas riecht natürlich mindestens nach Vetternwirtschaft.“ Er fordere Aufklärung.

Zitat-Text:

”So etwas riecht natürlich mindestens nach Vetternwirtschaft.” - Sebastian Ehlers (CDU), zu den Geschäften der Klimastiftung MV

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 14.04.2023 | S. 18

📄 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

👤 Frank Pubantz

STREIT DAUERT AN

Rückzug vom Rücktritt?

Seit gut einem Jahr stemmt sich der Vorstand gegen die Auflösung der Klimaschutzstiftung MV. Jetzt gibt es sogar ein neues Förderprogramm, „Wasser für Wachstum“ - ein Affront auch gegen Ministerpräsidentin Schwesig. Der Rücktritt des Vorstands scheitert offenbar weiter an formalen Dingen.

Manuela Schwesig (SPD) wird die umstrittene Stiftung für Klima- und Umweltschutz nicht so einfach los. Die Ministerpräsidentin hat mehrfach die Absicht zur Auflösung der Stiftung formuliert - Erwin Sellering, Vorstandschef der Stiftung und Ex-Regierungschef, bleibt aber bei seiner Einschätzung. Auch wenn er und der jetzige Vorstand zurückgetreten sein sollten, könne die Stiftung weiter für den Klimaschutz arbeiten.

„Selbstverständlich setzt die Klimaschutzstiftung ihre gute Arbeit in der Zivilgesellschaft fort“, erklärt Sellering. Trotz aller Kritik wirbt die Stiftung, die sich maßgeblich aus 20 Millionen Euro von Nord Stream 2 finanziert - aktuell mit dem Programm „Wasser für Wachstum“ für Kitas. Die Stiftung sei jetzt ein „reines Klimateam“. Mit Nord Stream sei „jede Zusammenarbeit beendet“. Die Stiftung habe sich gut entwickelt, so Selle-

ring.

Sellering und sein Vorstand haben ihren Rücktritt angekündigt, wenn die Jahresberichte für 2021 und 2022 und entsprechende Testate von Wirtschaftsprüfern vorliegen. Dies ist offenbar noch nicht der Fall. Daran, dass die Stiftung einfach von außen, von Schwesig, rechtskonform aufgelöst werden kann, bestünden weiterhin „große Zweifel“, so Sellering. Haken: Einen Rücktritt müsste der Vorstand einem Kuratorium, also einem Beratungsgremium, erklären. Das gibt es aber bis heute nicht. Ein neuer Vorstand ist nicht in Sicht.

Schwesig will die Stiftung weiter loswerden. „An der Position der Landesregierung hat sich nichts geändert“, erklärt ein Sprecher der Staatskanzlei. „Ein Kuratorium wird demnächst berufen.“

Nobelpreisträger fordern Weiterbetrieb der Atomkraftwerke

In einem offenen Brief an Olaf Scholz sprechen sich 20 Spitzenforscher für die Fortsetzung der Kernenergie in Deutschland aus

Deutsche Umweltvereine fordern die Politik seit Jahren dazu auf, im Klimaschutz den Empfehlungen von Wissenschaftlern zu folgen. Kurz vor dem Vollzug des deutschen Atomausstiegs am Samstag erweist sich der Appell "follow the science" jedoch als schwere Hypothek.

Denn während etwa der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) das Aus für die drei letzten deutschen Kernkraftwerke mit "bunten Abschaltfesten" feiern will, fordern führende Klimawissenschaftler und Spitzenforscher das genaue Gegenteil: Den Weiterbetrieb der drei Meiler Isar 2 in Bayern, Emsland in Niedersachsen und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg.

In einem Offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) argumentieren 20 Wissenschaftler und weitere Unterstützer, dass die drei Reaktoren mit ihrer Jahresproduktion von zuletzt 32,7 Milliarden Kilowattstunden mehr als zehn Millionen Haushalte in Deutschland mit klimafreundlicher Elektrizität versorgt haben. Damit könnten im Vergleich zur Kohlekraft auch weiterhin bis zu 30 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden.

"Aus diesen Gründen fordern wir Sie im Interesse der Bürger in Deutschland, Europa und der Welt dazu auf, die deutschen Pläne zum Atomausstieg zu überdenken und die noch zu Verfügung stehenden Kernkraftwerke weiterzunutzen", heißt es in dem Offenen Brief: "Die Kernenergie in Deutschland kann klar ersichtlich zur Linderung der Energiekrise und dem Erreichen der deutschen Klimaziele beitragen."

Zu den Unterzeichnern gehört der Physik-Nobelpreisträger Klaus von Klitzing vom Max Planck Institut für Festkörperforschung. Auch der Nobelpreisträger für Physik, Stephen Chu, der im Kabinett von Barack Obama US-Energieminister war, gehört zu den Zeichnern des Appells an Olaf Scholz. "Ihre Führungsposition als Regierungschef der Bundesrepublik

Deutschland steht in dieser Frage in besonderer Verantwortung", heißt es in dem Schreiben.

Insbesondere zahlreiche führende Klimaforscher haben den offenen Brief unterzeichnet, darunter James Hansen vom Goddard Institute for Space Studies und Kerry Emanuel vom Massachusetts Institute of Technology (MIT).

Dazu kommen Pushker Kharecha, Klimawissenschaftler an der Columbia University in New York, der Geophysiker Szymon Malinowski aus Warschau, Tom Wigley von der Universität Adelaide in Australien. Vom Institut für Küstenforschung in Geesthacht haben die Professoren Hans von Storch und Eduard Zorita den offenen Brief unterzeichnet. Weitere Naturwissenschaftler wie der Physiker André Thess von Universität Stuttgart und der Leibniz-Preisträger Herbert Roesky von der Universität Göttingen sind dabei, ebenso wie eine Reihe von namhaften Ökonomen und Juristen.

Initiiert wurde der Offene Brief vom Verein "Replanet DACH", einem Zusammenschluss von europäischen Ökomodernisten. Dabei handelt es sich um Umwelt- und Klimaschützer, die vor allem im Einsatz von Technologie und wissenschaftsbasierten Lösungen den besten Ansatz sehen. Technologieverbote und Wohlstandseinbußen halten Ökomodernisten für nicht zielführend.

Mit der Abschaltung der drei letzten deutschen Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland endet in Deutschland am Samstag nach mehr als 60 Jahren die Ära der friedlichen Nutzung der Kernenergie für die Stromerzeugung. Zeitweise hatten 19 Kernkraftwerke zwischen 25 und 30 Prozent des deutschen Strombedarfs gedeckt.

Inzwischen wird der Wegfall der Atomkraftwerke vor allem durch eine stärkere Nutzung von Kohle- und Gaskraftwerken kompensiert. Deutschland hat deshalb nach Polen und Tschechien die höchsten spezi-

fischen CO₂-Emissionen in der Stromproduktion.

Die Bundesregierung will bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energien auf 80 Prozent fast verdoppeln und das schwankende Aufkommen von Wind- und Solarkraft durch den Neubau von rechnerisch etwa 50 Gaskraftwerken der 500-Megawattklasse ausgleichen.

Unter dem Eindruck der durch den russischen Angriffskrieg verstärkten Energiekrise hatten zuletzt zahlreiche Staaten die Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke verlängert. In Frankreich, Großbritannien, Polen, Tschechien und den Niederlanden ist zudem der Bau neuer Kernkraftwerke geplant.

Alleingang Atomausstieg: Wie groß sind die Risiken?

Eine Abschaltparty wird es im Atomkraftwerk Isar II am Sonnabend nicht geben. „Es sind keine Feierlichkeiten geplant“, sagt eine Sprecherin der Betreibergesellschaft. Die Schichtmannschaft werde wie jeden Tag zur Arbeit kommen und gegen 22 Uhr damit beginnen, die Anlage herunterzufahren. Spätestens um Mitternacht wird das Kernkraftwerk dann vom Netz gehen – und das Kapitel der deutschen Atomkraft ist nach 63 Jahren abgeschlossen.

Es wird ein stiller Abschied von einer Technologie, die in Deutschland immer umstritten war, aber verlässlich Energie lieferte. 5600 Terawattstunden Strom haben die 37 Atomkraftwerke in Deutschland bis Ende 2022 produziert. Dass nun mitten in der Energie- und Klimakrise die verbliebenen drei CO₂-armen Atomkraftwerke Isar II, Neckarwestheim II und Emsland vom Netz gehen, ist hoch umstritten.

Wieso steigt Deutschland aus?

Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) skizziert in einem Gastbeitrag für den Tagesspiegel fünf Gründe für den Ausstieg. „Der Atomausstieg macht Deutschland sicherer“, schreibt sie und verweist auf die Reaktorkatastrophen in Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011. Auch durch Flugzeugabstürze könne es zu nuklearen Unfällen kommen. „Wenn eine solche Katastrophe eintreten sollte, sind die Folgen und ihre Kosten ungleich verheerender als bei allen anderen Formen der Energiegewinnung“, sagt Lemke. Schon jetzt versichere keine Versicherung der Welt AKW-Unfälle.

Zudem würde das Thema Atommüll noch die kommenden 30.000 Generationen beschäftigen: „Das ist eigentlich unvorstellbar lange und es ist mir schleierhaft, wie man eine solche Technologie als nachhaltig einstufen möchte“, sagt Lemke. Sie hält die Atomkraft außerdem nicht für klimafreundlich, da sie viel Wasser zur Kühlung benötigen – wegen Dürren und Hitzesommern werde dies immer mehr zum Problem.

Lemke hält Atomkraft nicht für günstig: „Berücksichtigt man auch die Kosten für Uranabbau, Entsorgung und Versicherung, ist Atomstrom schon heute teuer.“ In anderen Ländern zeige sich, wie die Kosten für neue

Meiler explodieren würden. Die Umweltministerin hält die AKW schlicht für überflüssig. „Es gibt bessere Alternativen“, sagt sie mit Verweis auf Solar- und Windanlagen. „Sie sind sicherer, nachhaltiger, klimafreundlicher und wirtschaftlicher als die Atomenergie.“

Ist die Versorgung gesichert?

Für Wirtschaftsminister Robert Habeck besteht daran kein Zweifel: „Die Energieversorgungssicherheit in Deutschland ist und bleibt gewährleistet; sie ist auch im internationalen Vergleich weiterhin sehr hoch“, teilt der Grünen-Politiker am Donnerstag mit. Er stützt sich dabei unter anderem auf die Ergebnisse des Stress-tests der Stromnetzbetreiber und den jüngsten Bericht der Bundesnetzagentur. Dort heißt es, man werde mit den gut gefüllten Gas-Speichern, den LNG-Terminals und der Reaktivierung der Kohlekraftwerke die Stromversorgung im nächsten Winter gewährleisten. Habeck will zudem neue Wasserstoff-Kraftwerke bauen, die zunächst ebenfalls mit Gas betrieben werden.

Auch mittelfristig ist man bei der Bundesnetzagentur optimistisch: „Die sichere Versorgung der Verbraucher gilt sowohl im Hinblick auf ausreichende Erzeugungskapazitäten als auch im Hinblick auf ausreichende Netzkapazitäten“, heißt es. Bis 2031 werde in jeder Stunde des Jahres die Last gedeckt werden. Sollten die Ausbauziele bei Wind- und Sonnenenergie erreicht werden, sei auch ein vorgezogener Kohleausstieg schon 2030 möglich.

Auch Experten rechnen nicht mit Blackouts, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, die zuletzt rund sechs Prozent des Energiebedarfs hierzulande deckten. „Die Lichter werden nicht ausgehen“, sagte der Umweltökonom Andreas Löschel von der Ruhr-Universität Bochum. Man habe Reserven und werde durch den nächsten Winter kommen, sagte er der „Tagesschau“. Die Situation sei aber angespannt.

Wie wird das Klima belastet?

Für den Energie-Experten der CDU, Jens Spahn, ist die Ampel-Regierung zur „Kohle-Koalition“ verkommen.

Der 15. April sei ein schwarzer Tag für den Klimaschutz in Deutschland. Tatsächlich hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr wegen der hohen Gaspreise alte Kohlekraftwerke aus der Reserve geholt. Dadurch wurden allein im Jahr 2022 insgesamt 8,3 Prozent mehr Kohle verstromt als im Vorjahr.

Auch in der Ampel weiß man um die Vorteile der Atomkraft. Allein der Streckbetrieb der drei verbliebenen AKW hat laut Bundeswirtschaftsministerium bis Ende März 1,3 Millionen Tonnen CO₂ eingespart.

Bei der Stromproduktion lösten sich 2022 die deutschen Klimaziele in Rauch auf. Pro Kilowattstunde erzeugte Deutschland im vergangenen Jahr 494 Gramm CO₂. Zum Vergleich: In Frankreich produziert eine Kilowattstunde 83 Gramm. Dorthin exportierte Deutschland jedoch massenhaft Strom, weil die dortigen Atomkraftwerke veraltet und störanfällig sind.

Wie agieren andere Länder?

In Europa geht Deutschland einen Sonderweg. Frankreich hat 56 Reaktoren, ein weiterer wird seit Jahrzehnten gebaut, Belgien verschob den Atomausstieg um zehn Jahre. In den Niederlanden, Großbritannien und Schweden sind neue Reaktoren in Bau oder Planung, Polen hat jüngst angekündigt, in die Atomkraft einzusteigen und plant den Bau von sechs AKW.

Die schwedische Energieministerin Ebba Busch, die Habeck jüngst in Stockholm besucht hat, rechtfertigt den Bau neuer Anlagen mit den Einsparungen von CO₂-Emissionen: „Die Frage des Klimaschutzes ist eine Schicksalsfrage“, sagte sie der ARD. Ihre Botschaft an die Welt: „Schweden ist auf Einkaufstour für neue Atomkraftwerke.“

Wie wird abgeschaltet?

Die ersten Schritte sind laut Uwe Stoll Routine. „Man reduziert langsam die Leistung der Kraftwerke, etwa ein Prozent pro Minute“, erklärt der Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit

(GRS). Wenn die Leistung auf etwa 20 Prozent gesunken ist, werde die Anlage vom Netz genommen – ab diesem Moment fließe dann kein Strom mehr ins deutsche Netz. Dann komme der rote Knopf ins Spiel, der die Reaktorschnellabschaltung einleite. Alle Steuerstäbe würden dadurch in den Reaktor fallen, wodurch die Kernspaltung unterbrochen werde.

„Soweit ist alles Routine“, sagt Stoll, im Rahmen der Sicherheitsprüfung würde dies regelmäßig geschehen. Etwa zwei Wochen dauert dieser Prozess, dann beginnt der Rückbau. Die Radioaktivität im Kühlkreislauf müsse nun chemisch reduziert werden. „Das klingt ganz einfach, kann aber nur von Spezialfirmen gemacht werden und dauert mehrere Wochen“, sagt Stoll.

Erst nach diesem Prozess kann mit der Zerlegung der vielen tausend Kilometer Rohre und des rund 450 Tonnen schweren Reaktors begonnen werden – während gleichzeitig noch immer die Brennelemente gekühlt werden müssen. Diese können erst nach rund fünf Jahren in Castoren verladen werden. „Bis wir wieder die grüne Wiese erreicht haben, dauert es 15 bis 20 Jahren und kostet pro Anlage rund eine Milliarde Euro“, sagt Uwe Stoll. Ein Unterfangen, das bei 22 weiteren Reaktorblöcken ebenfalls noch nicht abgeschlossen ist.

Im Juni 1979 – vor knapp 44 Jahren – wurde unter anderem gegen den „schnellen Brüter“ in Kalkar demonstriert.

Zitate

„Die Lichter werden nicht ausgehen.“ - Umweltökonom Andreas Löschel von der Ruhr-Universität Bochum.

„Berücksichtigt man auch die Kosten für Uranabbau, Entsorgung und Versicherung, ist Atomstrom schon heute teuer.“ - Steffi Lemke, Umweltministerin